



**Diakonisches Werk
der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Bayern e.V.**
www.diakonie-bayern.de

Presseinformation

Dienstag, 10. Januar 2006

Einreisebeschränkungen für Ehegatten? – Strafrechtliche Maßnahmen statt Begrenzung der Zuwanderung, um Zwangsehen zu vermeiden.

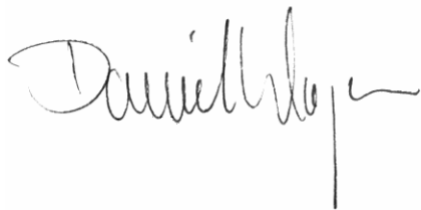
Nürnberg, 10.01.2006 Gut ein Jahr nach seiner Einführung soll das Zuwanderungsgesetz überarbeitet und die Zuwanderungen weiter erschwert werden – zumindest, wenn es nach den Plänen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble geht. Der Präsident des Diakonischen Werkes Bayern, Dr. Ludwig Markert, erinnerte daran, dass das Gesetz ursprünglich die Zuwanderung steuern und nicht nur begrenzen wollte.

Als völlig untauglich bezeichnete Markert die geplante Heraufsetzung des Einreisealters für Ehegatten auf 21 Jahre, um das Phänomen der Zwangsehe zu bekämpfen. „Abgesehen davon, dass auf diesen Vorschlag zugleich verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht wurden, ist er untauglich, das Problem sachgerecht anzugehen. Um Zwangsehen auf deutschen Boden zu verhindern, bedarf es einer komplexeren Strategie, die nicht in erster Linie beim Aufenthaltsrecht ansetzt.“ Es seien Überlegungen anzustrengen, welche Mittel des Strafrechtes eingesetzt werden könnten, um die Täter zu treffen. „Außerdem sind geeignete Instrumente des Sozialstaats zu entwickeln, um die Opfer zu schützen.“ Der Präsident der bayerischen Diakonie betonte, dass nicht nur Abwehrmaßnahmen, sondern auch Schutzmaßnahmen in eine geeignete politische Strategie einfließen müssen.

Ihr Ansprechpartner
Daniel Wagner, Pressesprecher
Telefon 09 11/93 54-205
Telefax 09 11/93 54-215
Funk: 0179/537 42 25
wagner.daniel@diakonie-bayern.de
Pirckheimerstr. 6
90408 Nürnberg

Auch die bayerische Staatsregierung hatte im Dezember im Rahmen eines Zehn-Punkte-Programmes zur Integration Beschränkungen des Ehegattennachzuges ins Spiel gebracht. „Dabei erstaunt, wie leichtfertig mit den grundsätzlichen Bestimmungen zum Schutz von Ehe und Familie und völkerrechtlichen Verträgen umgegangen wird.“ Das Zehn-Punkte-Programm sieht vor, Deutschkenntnisse als Bedingung der Einreise zu verlangen. „Es mag auf den ersten Blick stimmig erscheinen, bestimmte Voraussetzungen für ein Leben in der Bundesrepublik zu verlangen. In der Praxis muss jedoch überprüft werden, ob neue Gesetzesvorschläge gegen Rechtsgrundsätze verstoßen und mit den Realitäten korrespondieren.“ Zumindest dies, so Markert, dürfe man von einer vernünftigen Regierungspolitik verlangen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Daniel Wagner', with a stylized flourish at the end.

Daniel Wagner
Pressesprecher